

Anti-Volk?

Woher kommt der Hass auf die Eliten?

THOMAS SCHMID

Geboren 1945 in Hochweitzschen bei Leipzig, Journalist und Autor, 2008 bis 2010 Chefredakteur und 2010 bis 2014 Herausgeber der „WELT“-Gruppe, betreibt den Blog www.schmid-blog.de.

Genau zehn Tage, bevor Angela Merkel im September 2015 ihr berühmt gewordenes „Wir schaffen das“ aussprach, besuchte sie eine Flüchtlingsunterkunft in der sächsischen Kleinstadt Heidenau nahe Pirna. Als sie nach ihrer Ankunft aus dem Auto stieg, wurde sie von zahlreichen Demonstranten, die hinter einer Ab-

sperrung standen, wüst und unflätig beschimpft. „Volksverräterin“ nannte man sie, eine Frau rief: „Blöde Schlampe!“ Bis dahin hatte es derlei nicht gegeben.

Seit den Dresdner Pegida-Demonstrationen hat sich in Deutschland eine Sperre des Anstands gelöst. Ein Vokabular des Hasses hat den öffentlichen Raum betreten, das von tief unten kommt. Es bedient sich zum einen einer Begrifflichkeit, die der NS-Sprache, die der „Sprache des Unmenschen“ nahekommt. Diese Sprache ergeht sich in einer plebejischen, besser gesagt: subproletarischen Lust an der Grenzüberschreitung, am sprachlichen Tabubruch und an der Fäkalsprache. Das alles gab es immer schon, neu ist, dass derlei nun öffentlich auftritt, sozusagen Name und Adresse hinterlassend.

Eine alte Deutung aller Miseren feiert ihre Wiederauferstehung: die Überzeugung, eine abgehobene Elite sei für alles Schlechte verantwortlich. Eine Elite, die weltweit vernetzt sei, das eigene Volk aber verachte, ja bewusst bekämpfe. Eine Elite, die willentlich die „Umvolkung“ Deutschlands betreibe.

Schaut man in die „sozialen Medien“ im Internet, dann wird die Sprache noch massiver, noch beleidigender, noch völkischer. Wie weit diese Haltung inzwischen über das herkömmliche Subproletariat hinausreicht, machte ein Facebook-Eintrag eines Anwaltes deutlich. Er freue sich, schrieb er, auf den Tag, an dem Angela Merkel nackt durch Deutschland getrieben und ins Ausland verjagt werde – auf einen Hochverratsprozess, fügte er gnädig hinzu, werde man verzichten.

„WILLY WEINBRAND“

Gemessen an der politischen Kultur, an die wir uns gewöhnt haben, ist das zwar neu, aber der emotionale Vorbehalt gegenüber Eliten hat eine lange Geschichte. Nicht erst seit er die neue Ostpolitik der SPD auf den Weg gebracht hatte, schlug Willy Brandt ein heute archaisch wirkender Hass entgegen. Die Erregung, die die geplanten Ostverträge auslösten, war auch eine politische, die man auf dem Rechts-Links-Schema einordnen kann. Den „rechten“ Verfechtern eines Deutschlands in den Grenzen von 1937 standen die „linken“ Verfechter einer Öffnung nach Osten gegenüber, denen – angeblich oder tatsächlich – das Vaterland nicht besonders wichtig war. Doch das beschreibt längst nicht den gesamten Konflikt.

Willy Brandt stieß – dies war die Kehrseite seines Charismas – aus vielfältigen Gründen auf eine sehr emotionale Ablehnung. Er war ein uneheliches Kind, das die Chuzpe besaß, hohe Ämter in Deutschland anzustreben. Er war im Exil gewesen und er stand, obgleich lange ein durchaus konservativer Sozialdemokrat, für einen modernen Lebensstil: norwegische Ehefrau, Kontakt zu kritischen Schriftstellern und bei aller Melancholie eine Neigung zum Hedonismus, wovon die vielen Affären, die ihm nachgesagt wurden, ebenso zeugten wie der ihm von seinen Gegnern angehängte Spitzname „Willy Weinbrand“.

Willy Brandt, Horst Ehmke, Karl Schiller und andere: Sie wirkten auf viele wie eine Truppe hochgemuter, auch hochnäsiger Neuerer, die frisch ans Werk gingen und so taten, als wüssten sie ganz genau, was den Deutschen guttut. Gerade weil Willy Brandt bei den Intellektuellen und nicht zuletzt weltweit so angesehen war, misstrauten ihm jene, die weniger wendig waren und irgendwie dem Alten nachhingen. Weil er für das Ende einer alten Ordnung stand, weil er als Galionsfigur eines ins Unbekannte hin offenen Wertewandels und einer selbstbewussten, oft avantgardistisch wirkenden Fortschrittselite galt, schlug ihm zuweilen glühender Hass entgegen. Nicht

wenige, die damals gegen ihn waren, hätten einen Putsch für das geeignete Mittel gehalten, sich dieser Elite zu entledigen.

REVOLTE VON 1968

Ein anderes Beispiel dafür, dass Eliten zuweilen auch in guten Zeiten scheel angesehen werden, ist die Revolte von 1968. Damals wurden die Eliten nur anders genannt: Establishment. Es ist nicht zu übersehen, dass sich die damalige Ablehnung des Establishments ebenfalls aus trüben Quellen speiste. Staat, Polizei, Institutionen, Parteien und die ganze Schar der Politiker: Sie galten als ein wie Pech und Schwefel zusammenhaltendes Syndikat, das sich verschworen hat, zum eigenen Nutzen und zum Schaden der Massen zu handeln. Differenzierung war nicht gefragt, der liberale Sozialdemokrat Carlo Schmid gehörte ebenso dazu wie der konservative Heinrich Lübke. Zwar hat sich – auch weil es wesentlich eine studentische Bewegung war – dieser Furor schnell wieder gelegt und von der systemfeindlichen Bewegung ging am Ende ein die Demokratie belebender Impuls aus. Es bleibt aber die – im Grunde rätselhafte – Tatsache, dass Hunderttausende gut ausgebildete, gut ernährte und ohne Krieg und Elend aufgewachsene junge Menschen kurzfristig für die wahnhafte Vorstellung anfällig waren, dass die Eliten erklärtermaßen unverbesserliche Feinde der wahren Interessen des Volkes seien.

Der Hass auf die Eliten ist nicht die Ausnahme, sondern ein ständiger Begleiter moderner Gesellschaften. Nicht lange nach ihrer Ernennung zur britischen Premierministerin hat Theresa May auf dem Parteitag der Tories versucht, sich als Anwalt der kleinen Leute zu profilieren – auch das übrigens ein verbreitetes Phänomen: Oft sind es Angehörige der Eliten, die den Elitenhass entfachen oder befeuern. Die britische Regierungschefin hat jene Menschen, die Donald Trump *real people* nennt, den Kosmopoliten gegenübergestellt: denen, die sich überall zu Hause fühlen und die daher, so May, keine Wurzeln haben, folglich bindungslos und niemandem, schon gar nicht den kleinen Leuten, verpflichtet sind. Die *citizens of the world* seien in Wahrheit *citizens of nowhere*. Von hier aus ist es nicht mehr weit bis zu der Behauptung, solche wurzellosen Menschen gehörten nicht zur Gemeinschaft, und der Empfehlung, sie sollten daher ausgebürgert werden. Die Eliten sind in dieser Sicht nicht das hierarchische Gegenstück zum einfachen Volk. Sie gehören nicht zum Volk. Wer ihnen angehört, ist per se ein illegitimes Wesen.

Wer die Eliten hasst, sieht sich in der Defensive, fühlt sich umstellt und fremdbestimmt. Der Hass auf Eliten hat besonders dann Konjunktur, wenn etwas zu Ende geht und etwas Neues beginnt, das noch niemand in seinen Umrissen und Folgen kennen kann. Er ist eine Reaktion auf offene Situationen, auf Umbruchzeiten, die oft Chancen bieten, die aber auch Angst machen, weil alte Sicherheiten obsolet werden.

POUJADISMUS UND QUALUNQUISMO

Ein Beispiel liefert Frankreich. Als es sich nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs unerwartet als Siegermacht wiederfand, war schnell unabweisbar, dass sich das Land – allenfalls noch halbe Kolonialmacht – neu würde orientieren und modernisieren müssen. Die Nachkriegsepoche war eine Zeit des Aufbruchs, aber deswegen auch die einer fundamentalen Verunsicherung. Das gab einer neuen Bewegung Auftrieb, dem Poujadismus. Benannt nach seinem Begründer Pierre Poujade (1920 bis 2003), entstand der Poujadismus in den frühen 1950er-Jahren als eine Protestbewegung kleiner Händler und Geschäftsleute, die für das „alte Frankreich“ eintrat, sich gegen Modernisierung und die damit einhergehende Kapitalkonzentration wandte und zum Teil offen antisemitisch war. Sie lehnte die etablierten Parteien und die in Frankreich besonders prunkvoll auftretenden Eliten ab, die die Verachtung der *France profonde* geradezu ostentativ zur Schau trugen. Bei der Parlamentswahl 1956 erreichte die Partei immerhin 11,6 Prozent der Stimmen – einer ihrer Abgeordneten war Jean-Marie Le Pen, der später den *Front National* gründete. Die Poujadisten sahen sich als die Partei der gebeutelten einfachen Leute, die sich in Notwehr gegen die Eliten erhoben, denen – tatsächlich oder angeblich – die einfache Frau und der einfache Mann völlig egal waren. Der Protest gegen die Eliten entsteht oft auch aus dem Gefühl heraus, die Eliten vernachlässigten ihre Fürsorge-, ihre Obhutspflicht.

Ein anderes, sehr erhellendes Beispiel ist Italien. Als Mussolinis Faschismus 1944 faktisch schon niedergekämpft war, begründete der Journalist und Schriftsteller Guglielmo Giannini (1891 bis 1960) die Zeitschrift *L'Uomo Qualunque*, auf Deutsch: Jedermann. Die Zeitschrift kämpfte gewissermaßen an zwei Fronten: Sie lehnte im Namen des kleinen Mannes die Politik des untergehenden Faschismus ab, der stets auf die Mobilisierung der Massen setzte. Der Bürger, so die Forderung, solle in Ruhe gelassen werden. Zugleich bekämpfte die Zeitung aber auch das Neue, das sich abzeichnete: das entstehende System der Parteien und des Konflikts. Dieses nutze nur den Eliten, nicht dem einfachen Mann. Die repräsentative Demokratie lehnte die Zeitschrift ab, denn sie sei mit ihren komplizierten Wegen der Vermittlung der ideale Nährboden für das Entstehen einer „volksfeindlichen“ Elite.

Aus der Zeitschrift ging bald eine Bewegung hervor, der *qualunquismo*, und dann auch eine Partei, die 1946 bei der ersten Parlamentswahl immerhin 5,3 Prozent der Stimmen erzielte. Die Partei war zwar äußerst konservativ, ja reaktionär – enthielt aber auch einen umstürzlerischen Impuls. Gegen alle italienische Tradition, die von der durchweg klientelistischen Elitenherrschaft der Kirche, der Patrone und die Aristokratie geprägt war, forderte sie eine politische Ordnung, in der sich alles um die *real people* drehen sollte.

MARIO BARTH, NICHT JÜRGEN HABERMAS

Nach dem Sieg von Donald Trump hat bei den Meinungsbildnern ein großes Rätselraten eingesetzt: Wie konnte es nur so weit kommen? Haben wir die Zeichen der Zeit nicht verstanden? Haben wir nicht begriffen, was im „Volk“ vor sich geht? Natürlich nicht. Es ist ein alter Fehler der meinungsbildenden Eliten, zu glauben, sie sprächen im Prinzip für alle. Dahinter verbirgt sich weniger eine Anmaßung als vielmehr eine groteske Selbstüberschätzung.

Am 23. Mai 1979, genau dreißig Jahre nach der Verkündung des Grundgesetzes, veröffentlichte Dolf Sternberger in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* einen Leitartikel mit dem programmatischen Titel „Verfassungspatriotismus“. Mit gelassener Freude konstatierte er darin, dass die Mehrheit der Bundesdeutschen, am Anfang noch skeptisch bis ablehnend eingestellt, inzwischen das Grundgesetz und damit die Verfasstheit der Bundesrepublik Deutschland akzeptiert habe. Die Deutschen hätten die Demokratie, Gewaltenteilung und das Parteiensystem angenommen. Sternberger meinte damit nicht, die Deutschen seien in ihrer Mehrheit aktive Demokraten geworden: Die Zustimmung sei zwar freundlich, aber durchaus passiv. Auch die übergroße Zahl der Wähler, die sich an der Wahlurne ihrer Macht bewusst sind, bleibt dabei, dass es nun einmal das gemeine Volk und „die da oben“ gibt. Letztere stellen für sie ein eigenes Biotop dar, in dem eine eigene Sprache gesprochen wird und in dem anderes wichtig ist als außerhalb des Biotops: die Politik, nicht der Alltag, die Schrift, nicht das direkte Leben, Brahms, nicht der Schlager, Jürgen Habermas, nicht Mario Barth.

Meinungsbildende Eliten, die das aus den Augen verlieren, verstehen die Welt nicht. Deswegen fallen sie aus allen Wolken, wenn Donald Trump Erfolg hat, nicht *obwohl* er lügt und ordinär ist, sondern *weil* er ordinär ist und lügt. Der Zorn auf die Eliten, den der auf seine Weise höchst elitäre Trump befeuert hat, liegt in jeder modernen Gesellschaft stets auf der Lauer. Steigende Komplexität wird schnell (und nicht zu Unrecht) als Zumutung wahrgenommen. Und das nährt die Sehnsucht nach Reduktion von Komplexität, nach dem Einfachen, nach einfachen Lösungen und der Heimkehr in eine fiktive gute alte Zeit.

JOURNALISMUS DES GENERALVERDACHTS

Wann schlägt die Reserve gegenüber angeblichen oder tatsächlichen Eliten in Hass um? Auch wenn die soziale Frage hineinspielt, ist es doch falsch, in gesellschaftlicher Benachteiligung den Hauptgrund für das Lodern des Elitenhasses zu sehen. Wie der Fremdenhass oft dort besonders stark ist, wo es kaum Ausländer gibt, muss es auch keine reale Deklassierung geben,

damit Menschen sich ausgegrenzt fühlen und darauf mit zerstörerischem Hass reagieren.

Sicher hat die neue Hassbereitschaft nicht zuletzt mit den Medien, besonders den Neuen Medien, zu tun. Ein Teil der Verantwortung liegt dabei auch bei jenen Medien, die sich der Kritik von Politik und Gesellschaft widmen. In mehr als sechzig Jahren haben sie ein durchaus schiefes Bild der Bundesrepublik gezeichnet. Wer seit Jahrzehnten allwöchentlich den *Spiegel* liest und für dessen mokanten Ton empfänglich ist, muss geradezu die Gewissheit gewonnen haben, Politik sei ein schmutziges Geschäft und *die* Politiker seien eine abgehobene, korrupte und unfähige Kaste. Das hat das Vertrauen in das im Großen und Ganzen verlässliche Institutionensystem dieses Landes nicht eben gefördert. Der Journalismus des Generalverdachts ist folgenreich.

Internet und Neue Medien haben das zudem beträchtlich verstärkt und beschleunigt. In den „sozialen Medien“ kann sich jede und jeder zum Richter und auch zum Scharfrichter aufschwingen. Schnell ist hier die Grenze von der Kritik zur Injurie, zur Beleidigung und zum Ordinären überschritten. Wie in einem Wettbewerb der Selbstüberbietung ergehen sich viele Nutzer im Schutz der Anonymität darin, Brücken abzubrechen und sich in verbalem Unrat zu suhlen. Das Netz ermöglicht es jenen, die von Hass erfüllt sind und in ihrer Kammer sitzen, sich mit vielen anderen Hassenden zusammenzutun und ein rasendes Grundgeräusch zu erzeugen. Antisemitismus, Chauvinismus, Xenophobie und der Hass auf die Eliten, der lange Zeit gewissermaßen hinter verschlossenen Türen blieb, hat dank des Netzes gefahrlos die Möglichkeit, an die Öffentlichkeit zu treten, eine Teilöffentlichkeit zu bilden und sich selbst immer weiter zu verstärken. Auch das Netz hat eine Revolution in Gang gebracht, die – solange es keine verbindlichen und strafbewehrten Regeln gibt – ihre Kinder zu fressen droht: jene, die das World Wide Web und seine angeblich kommunikativen „sozialen Medien“ für die vollkommene Form der Freiheit hielten.

HASS GILT STARKEN, NICHT SCHWACHEN INSTITUTIONEN

Es war schließlich kein Zufall, dass Dresden der Ort wurde, an dem die neue Hassrede ihren Aufschwung nahm. Die Bürger der Bundesrepublik bekamen Jahrzehnte Zeit, sich mit einer komplizierten, am Ende aber effektiven politischen Ordnung vertraut zu machen und anzufreunden. So kam es, dass sich älteres, autoritäres und völkisches Gedankengut allmählich auflöste und einer republikanischen Gesinnung Platz machte. Diese Chance bekamen die Bürger der DDR nicht, die zwar über Nacht zu sozialistischen Siegern der Geschichte erklärt, im Übrigen aber zu keinem Mentalitätswandel genötigt wurden. Als 1989 die DDR implodierte, waren sie zu einem Gutteil noch die

Alten. Sie sind es – auch weil dieses Mal auf eine *reeducation* verzichtet wurde – oft geblieben. Das ist der Grund dafür, dass dort heute noch Begriffe, die direkt der NS-Sprache und ihrem Vernichtungshabitus entnommen sind, mit zunehmender Lust an der Selbstenthemmung benutzt werden und dass in den neuen Ländern der Ruf nach Systemwechsel und Entmachtung wie Vertreibung der Eliten lauter erklingt als im Westen Deutschlands.

Der österreichische Philosophieprofessor Peter Strasser hat kürzlich in der *Neuen Zürcher Zeitung* (9. Januar 2017) einen Artikel mit der Überschrift „Masse, Meute, Mob“ veröffentlicht. Darin steht gegen Ende ein Satz von bleierner Schwere: „Man sagt es nicht offen, aber es wird immer offensichtlicher: Alle Anstrengungen der Nachkriegsepoche, die im Menschen allzeit bereitliegenden Hasspotenziale in einen staatsbürgerlichen Diskurs, eine demokratische Streitkultur einzubinden und zu transformieren, kommen langsam an ihr Ende.“

War also alles umsonst? Erobert sich der mehr als ein halbes Jahrhundert lang niedergehaltene Mob die politische Bühne zurück? Zerspringt wieder einmal der Firnis der Zivilisation? Das ernsthaft für sicher zu halten, zeugt von einem bedenklichen Mangel an Vertrauen in mehr als sechs Jahrzehnte Demokratie, Zivilgesellschaft und Lernfähigkeit des Gemeinwesens. Das politische System Deutschlands wird von den Hassern nicht angegriffen, weil es – wie das der Weimarer Republik – so schwach, sondern weil es so stark, so fest gefügt ist. Weil es sich nicht von ein paar Erregten zur Ordnung rufen oder gar aushebeln lässt. So viele Jahrzehnte ohne eine Opposition, die auf die in der Tat allzeit bereitliegenden Hasspotenziale setzt und „das System“ in den Orkus stoßen möchte, waren nicht die Regel, sondern die Ausnahme. Jetzt muss die Republik zeigen, dass sie auch gegen innere Feinde wehrhaft und gerüstet ist. Bei mehr als achtzig Prozent Zustimmung zu den Parteien, die nicht auf Hass setzen, müsste das doch möglich sein.